

5. VII. 1917

139

Das Defizit im Gemeindebudget und die Steuerkraft Wiens.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Giller.
Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 4. Juni.

Durch Berichte aus dem Rathaus ist bereits vor einiger Zeit bekannt geworden, daß die Gemeindeverwaltung mit einem nicht unbedeutenden Fehlbetrag im Budget zu rechnen haben wird. Eine derartige Mitteilung kann im Hinblick auf die Kriegsverhältnisse nicht unerwartet kommen. Der Gemeinde sind im Laufe des Krieges eine Reihe großer Aufgaben zugewachsen, die außerordentliche Aufwendungen notwendig gemacht haben, sie mußte und muß ihren Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf die täglich wachsende Teuerung ihre besondere Fürsorge zuteil werden lassen, insbesondere ist sie als Großunternehmerin durch die jetzt notwendig werdende Lohnpolitik, im ganzen handelt es sich um rund 40.000 Angestellte, zu größeren Ausgaben auf diesem Gebiete schon aus moralischen Gründen verpflichtet. Um das Defizit zu decken, um für die erhöhten Ausgaben entsprechende Einnahmen zu schaffen, hat die Gemeinde verschiedene Mittel und Wege, wie Schaffung neuer Einnahmequellen (Wertzuwachsabgabe usw.), Erhöhung bestehender Umlagen und Abgaben, schließlich Erhöhung der Monopolpreise der städtischen Unternehmungen. Um ihren Haushalt pflichtgemäß in Ordnung zu bringen, wird die Gemeinde alle oben genannten Mittel zur Anwendung bringen müssen, da durch Ersparungen wohl kaum während der außerordentlichen Verhältnisse irgend etwas erzielt werden könnte. Die Anwendung irgend eines dieser Mittel bedeutet aber zweifellos eine neuerliche Belastung der hauptstädtischen Bevölkerung, gleichgültig, ob die Einnahmeerhöhung auf eine Steigerung des Straßenbahntarifes, des Tarifes für elektrischen Strom, für Gas usw., oder durch Steigerung der Zuschläge und Umlagen zu den direkten Steuern erfolgt. Derartige Belastungen drücken aber in erster Linie erfahrungsgemäß auf die breiten Kreise des mittleren und kleineren Bürgertums, das von der Kriegsnöte ohnehin schon in schwerer Weise getroffen ist.

Ein Ruf wird jetzt sicherlich nicht verstummen, der schon früher von einzelnen im politischen Kampfe erklungen, aber im Lärm der Schlagworte untergegangen war: die Steuerkraft der Wiener, ohnehin bis aufs äußerste angespannt, muß, soweit es sich nicht um Bedürfnisse des Reiches handelt, voll und ganz der Stadt Wien erhalten bleiben. Wir können es nicht mehr ertragen, daß ein bedeutender Anteil unserer Steuererträge an anderer Verwaltungskörper zufließt. Uns wird und kann heute niemand begreiflich machen, daß wir für Leistungen für andere herangezogen werden sollen, zu einer Zeit, da uns das Leben bereits so schwer geworden ist, daß nur äußerste Anspannung aller Kräfte die Fortdauer der Existenz ermöglicht. Die Steuerkraft der Wiener trägt keine weitere Belastung. Die letzte wirtschaftliche Volkszählung, die vor kurzer Zeit stattgefunden hat, hat gezeigt, daß wir weit, aber sehr weit davon entfernt sind, eine reiche oder auch nur wohlhabende Stadt genannt werden zu können. Man muß schon während der Kriegszeit, insbesondere nach Kriegsende, den Wienern Zeit geben, Atem zu holen, tausende mittlerer und kleiner Existenzen müssen die Möglichkeit ihres Wiederaufbaues erhalten. Ein übermäßiger Steuerdruck würde alles im Keime erlöten. Die Steuerkraft der Wiener muß daher in erster Linie der Stadt Wien erhalten bleiben.

Wir müssen unsere finanzielle Unabhängigkeit vom Lande Niederösterreich erringen. Einstmals hatte der Gedanke der Reichsunmittelbarkeit Wiens Aktualität, er war Kampfruf im politischen Streite. Seither haben wir die Landesverordnung vom 21. Oktober 1907 über uns ergehen lassen müssen. Wenn man aber jetzt daran geht, das Statut der Gemeinde Wien zu ändern, wenn man ihr politisches und wirtschaftliches Leben auf neue Grundlagen stellen will, dann muß unter den wichtigsten Forderungen ebenbürtig der Forderung nach

er Wahlrechtsänderung, ja über dieser noch die Forderung der Unabhängigkeitserklärung der Gemeinde Wien von der Finanzwirtschaft des Landes Niederösterreich sein, an welcher wir mit 5 Prozent zu unseren Lasten beteiligt sind. Die heutige Situation ist eine Anomalie, ein Anachronismus. Für die Großstadt Wien, für die Hauptstadt des Kaisertums Österreich können die wichtigsten Schicksale nicht mehr in den ständischen Sälen des Landhauses entschieden werden. Das war einmal. Wenn nichts sonst, so hat der große Weltkrieg die Stadt Wien endlich mündig gemacht.